

# Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Deutscha, Dorndorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfelder, Klinga, Köpke, Lindhardt, Pomßen, Standau, Throna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannsch. i. Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Verfassungen.

Er erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk., Post ohne Befehl monatlich 1.65 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Gekoppelte Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (Grp.) 50 Pfg. Tabell. Geh. 50% Aufschlag. Bei unbedeutend geringen, sowie durch Fernsprecher angegebenen Werten sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götting & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 107

Dienstag, den 4. September 1928

39. Jahrgang

## Amtliches.

Die Zustellung der Kirchensteuerbescheide auf das Rechnungsjahr 1928 ist im Gange. Soweit der Betrag, der sich aus den am 15. Mai und 15. Juli d. J. fällig gewordenen Terminen zusammensetzt, durch etwa geleistete Vorauszahlungen noch nicht gedeckt ist, hat Zahlung des noch restlichen, aus dem Kirchensteuerbescheid ersichtlichen Betrags

innerhalb 14 Tagen

nach seiner Zustellung an die hiesige Stadtsteuerkasse zu erfolgen.  
Naunhof, am 20. August 1928. Der Stadtrat.

## Vermeidung von Feuersgefahr.

In letzter Zeit sind in der Schutzgrube hinter dem Friedhof Brände ausgebrochen, die speziell nur auf Brandstiftung zurückzuführen sind. Durch die Brände ist beträchtliche Verunreinigung in der Bürgerschaft hervorgerufen worden. Auch sind gesundheitliche Schädigungen mit der durch die Brände entstehenden Rauchentwicklung verbunden. Angenommen muß werden, daß diese Brände angelegt worden sind, daß also Brandstiftung vorliegt.

Es wird deshalb hiermit darauf hingewiesen, daß Brandstiftungen mit schweren Freiheitsstrafen belegt werden.

Wer etwaige Wahrnehmungen, die zur Ermittlung der Brandstifter dienen, macht, hat ungesäumt Anzeige hier zu erstatten.

Eltern haften für ihre Kinder, Lehrherren für ihre Lehrlinge.  
Naunhof, am 4. September 1928. Der Stadtrat.

## Feldverpachtung.

297,50 Aa dem Pfarrlehn zu Naunhof gehörigen Feldstücke auf Parzelle Nr. 532 des Flurbuchs für Naunhof und 29,30 Aa ebenfalls dem Pfarrlehn zu Naunhof gehöriges Feld auf Parzelle Nr. 455 des Flurbuchs für Naunhof sollen mit 1. Oktober ds. Jahres neu auf 5 Jahre verpachtet werden. Pachttangebote mit Angabe des Preises werden bis 12. ds. Monats schriftlich oder mündlich zu Händen des Pfarramtes, Burgener Straße 1, erbeten. Auch ist das Pfarramt in der Pachttangelegenheit zu jeder Auskunft bereit.

Naunhof, 3. September 1928.

Der Kirchenvorstand deselbst.

**Mittwoch, den 5. ds. Mts.,** nachm. 3 Uhr sollen im hiesigen Rathaus Zimmer Nr. 14 ein Sofa und ein Diplomatenstuhlfisch gegen sofortige Barzahlung an den Meistbietenden öffentlich versteigert werden.

Naunhof, am 4. September 1928.

Der Verwaltungs-Vollstreckungsbeamte.

J. B. Daniel.

**Donnerstag, den 6. September 1928,** vorm. 10 Uhr sollen im Restaurant „Gambrius“ in Naunhof 1 Weidhahn und 1 Ausziehtisch (roh) meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

R. V. 1161, 1304/28.

Grimma, am 4. September 1928.

Die Vollstreckungsstelle des Finanzamtes.

## Allg. Deutscher Gewerkschaftskongress.

Wissell über das Arbeitsrecht.

Der Dreizehnte Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist am Montag im Hamburger Gewerkschaftshaus mit einer Ansprache des ersten Vorsitzenden, Theodor Leipart, eröffnet worden. Er begrüßte die Delegierten aus dem Inlande und die ausländischen Besucher, den Reichsarbeitsminister Wissell, den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, die Vertreter des hamburgischen Senats, des Reichsversicherungsamtes, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ferner der Universität Hamburg usw. Dann geisterte er in scharfen Worten den am Sonntag erfolgten Überfall auf die Gewerkschaftsjugend durch Kommunisten und forderte die Vertreter der kommunistischen Presse, die man als die geistigen Urheber des unerhörten Vorkommnisses anzusehen habe, auf, den Saal zu verlassen. Die anwesenden kommunistischen Pressevertreter kamen der Aufforderung nach. Leipart gab sodann einen Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung seit dem Jahre 1848. Bis zum Schluß des 2. Quartals 1928 war, wie er u. a. mitteilte, die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände auf über 4,6 Millionen angewachsen.

Reichsarbeitsminister Wissell

nahm nun das Wort und führte aus, daß er als einer seiner wichtigsten Aufgaben die Schaffung eines einheitlichen deutschen Arbeitsrechts ansehe. Um nun die Wahrung dieses gesamten Arbeitsrechts zu fördern und zu beschleunigen, erscheine es dringend geboten, von zeitraubenden Fikardarbeiten an den im Laufe der letzten Jahre entstandenen arbeitsrechtlichen Gesetzen möglichst abzusehen. Im Vordergrund steht jetzt das Arbeitschutzgesetz, das den Arbeitsvertrag auf eine feste Grundlage bringen und die Fälle von Einzelgesetzen und -Verordnungen beseitigen soll. Im Anschluß an das Arbeitschutzgesetz sind noch die Schlichtungsstelle, die Arbeitsämter, die Arbeitsvermittlung und die hauswirtschaftlichen Arbeitnehmer und der Seerechts, zu regeln. Nach Fertigstellung der Arbeitschutzgesetz werden die großen Vertragsgesetze, das Tarifvertragsgesetz und das Arbeitsvertragsgesetz zu Ende geführt werden.

Der Minister ging dann auf die sozialen Aufgaben über. Er schloß mit dem Wunsch, daß es gelingen möge, durch das neue Sozialrecht die Arbeitnehmerchaft emporgzuführen zu wirtschaftlicher und geistiger Freiheit.

## Der Völkerbund bei der Arbeit

### 9. Tagung des Völkerbundes eröffnet.

Erstes Zusammenreffen Müller-Briand.

Von dem finnischen Außenminister Procope, jetzigem Vizepräsidenten, wurde in Genf am Montag die neunte Versammlung des Völkerbundes mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Procope sprach zunächst ausführliche Wünsche für die Wiederherstellung von Dr. Stresemann und Sir Austen Chamberlain aus und gab dann eine Zusammenfassung der feierlichen Verpflichtungen aller Völkerbundmitglieder, für den kulturellen Fortschritt und für die Erhaltung des Friedens einzutreten, der eine wesentliche Vorbedingung jeden Fortschritts sei. Nur durch dauernde Anstrengungen könne die internationale Zusammenarbeit und der Frieden gewährleistet werden. Im zweiten Teil seiner Rede beleuchtete Procope aus dem Arbeitsfeld des Völkerbundes insbesondere zwei Gruppen von Fragen, nämlich die Arbeiten, die im ver-

Auf seinen Vorschlag hin wurden von der Bundesversammlung Sympathietelegramme an den Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann und an den englischen Außenminister Sir Austen Chamberlain abgefaßt, außerdem ein Beileidstelegramm an die französische Regierung anlässlich des Todes des Handelsministers Polanowski und des vor einigen Tagen im Haag verstorbenen Vizepräsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes, Beih.

Müller-Franken und Briand.

Der deutsche Reichskanzler Müller war Sonntag abend von Baden-Baden, wo er eine zweitägige Unterredung mit Dr. Stresemann gehabt hatte, in Genf mit seiner Begleitung eingetroffen. Ebenso traf der französische Außenminister Briand am Sonntag ein. Die übrigen parlamentarischen Mitglieder der deutschen Delegation, Staatssekretär J. D. von Rheinbaben, Prälat Raas und Frau Lang-Brumann waren bereits im Laufe des Nachmittags in Genf angekommen.

Biel beachtet wurde eine viertelstündige Unterhaltung zwischen Briand und Müller-Franken, die sich an dessen Beileidsworte wegen des Todes Polanowski angeschlossen. Die Herren unterhielten sich eifrig unter Teilnahme des deutschen Staatssekretärs von Schubert.

Es war die erste Begegnung zwischen dem Reichskanzler Müller und Briand in Genf. Es besteht allgemein der Eindruck, daß bereits in dieser Unterredung weitere Verhandlungen in Aussicht genommen worden sind.

Man rechnet damit, daß der Reichskanzler nicht länger als eine Woche in Genf bleibt. Ferner verlautet, daß er an der Tagung des zum 11. September einberufenen sozialdemokratischen Parteiaussschusses teilnehmen wird, möglicherweise jedoch nach Abschluß der Tagung wieder nach Genf zurückkehren soll. Über den Gang der zu erwartenden Verhandlung zwischen dem Reichskanzler und Briand über die Räumung des Rheinlandes tauscht man nur Vermutungen aus.

### Antwort an Koffarika.

Monroedoktrin wird nicht beprochen.

Der Völkerbundrat in Genf stellte Sonnabend in einer geheimen Sitzung den Text der Antwort an Koffarika fest, das eine genaue Klärung über die Bedeutung der amerikanischen Monroedoktrin gefordert hatte. In der Note wird festgestellt, daß der Völkerbundrat für eine Auslegung der Monroedoktrin nicht zuständig sei, da diese Frage über den Rahmen seiner Zuständigkeit hinausgehe. Die Auslegung der Monroedoktrin könne nur durch die unmittelbar interessierten Staaten erfolgen.

Ferner sagt die Antwort, daß anlässlich der Verhandlungen auf dem Versäßer Friedenskongreß über den Artikel 21 des Völkerbundesvertrages, der die Monroedoktrin erwähnt, Wilson die Erklärung abgegeben habe, der Völkerbund sei eine Erweiterung der Monroedoktrin, da er die territoriale und politische Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes garantiere. Kein Artikel des Pactes des Völkerbundes vermindere die souveränen Rechte oder Verpflichtungen irgendeines Mitgliedes des Völkerbundes. Dabei könne der Völkerbund bei Streitigkeiten zwischen den lateinamerikanischen Staaten oder bei Streitigkeiten eines lateinamerikanischen Staates mit einem anderen Staat jederzeit eingreifen.

### Der Reichskanzler fordert Rheinbefreiung

Das wichtigste politische Problem.

Reichskanzler Müller sagte vor seiner Abreise aus Berlin nach Genf dem Berliner Vertreter des „International News Service“ auf dessen Frage, welches zurzeit das wichtigste politische Problem für Deutschland sei, u. a.:

Das ganze deutsche Volk ist sich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit im gegenwärtigen Zeitpunkt in nationaler Hinsicht in einem Wunsche einig. Es ist dies die Zurückziehung der auf deutschem Gebiet stehenden französischen, englischen und belgischen Besatzungsarmeen in Stärke von rund 67 000 Mann. Man versteht nicht mehr in Deutschland, weshalb diese Truppen auf deutschem Boden belassen werden, nachdem sowohl auf dem Gebiete der Reparationszahlungen als auch auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung Beweis über Beweis

### Die Zusammenschlußbewegung

der Klein- und Mittelfstädte.

Berlin. Der Reichsstadtebund veröffentlicht zu seiner am 6./7. September in Heidelberg stattfindenden Hauptversammlung die neuesten Zahlen über die Zusammenschlußbewegung der Klein- und Mittelfstädte. Gegenüber 1926 weist der Mitgliederbestand des Reichsstadtebundes mit insgesamt 1597 Städten eine Steigerung von 13 Prozent auf. In den einzelnen Größenklassen beträgt der Zuwachs: bei Städten bis 5000 Einwohnern 10 Prozent, 5-10 000 Einwohnern 14 Prozent, 10-20 000 Einwohnern 19 Prozent und bei den Mittelfstädten über 20 000 Einwohnern 33 Prozent. Der Reichsstadtebund, dessen Mitgliederstädte 1926 rund 7,8 Millionen Einwohner zählten, vertritt jetzt die öffentlich-rechtlichen Aufgaben einer städtischen Bevölkerung von 9,2 Millionen Einwohnern, was einer Steigerung von 18 Prozent entspricht.



Der neue Präsident der Völkerbunderversammlung  
Zahle,  
der Dänemark als Gesandter in Berlin vertritt.

gangenen Jahre im Verfolg der Weltwirtschaftskrise vorgenommen wurden, und die Bemühungen, durch internationale Maßnahmen jenes Gefühl der Sicherheit zu erzeugen, ohne daß, wie er sagte, das Ideal des Völkerbundes nicht erreicht werden könne.

### Die Deutschen im Saale.

Das Schaupiel des Aufmarsches der Delegationen zur Eröffnungssitzung der Völkerbunderversammlung hatte auch dieses Jahr wieder ein zahlreiches Publikum angezogen, das im Reformationsaal mit Interesse die Begrüßung der einzelnen Delegationen untereinander beobachtete. Die deutsche Delegation erschien als eine der ersten. Sie begab sich sofort an ihre Plätze, die sich gleich links direkt vor der Rednertribüne befinden. Staatssekretär von Schubert übernahm die Vorstellung von Reichskanzler Hermann Müller, der nach Ankunft der französischen Delegation Briand ausfuchte und diesem sein Beileid anlässlich des Todes des französischen Handelsministers Polanowski ausdrückte, nachdem bereits am Sonntagabend Staatssekretär von Schubert der französischen Delegation einen Beileidbesuch abgefaßt hatte. Zahlreiche Delegationen und Delegationsführer, darunter Lord Cusden und der zum erstenmal erschienene österreichische Bundeskanzler Seydewitz hielten sich für kurze Zeit an den Bänken der deutschen Delegation zur Begrüßung des Reichskanzlers auf.

### Der Berliner Gesandte Dänemarks Völkerbundpräsident.

Die Versammlung wählte mit 44 von 50 Stimmen zu ihrem Präsidenten den dänischen Gesandten in Berlin, Herrn Zahle.

Reichspräsident Procope begrüßte die Gewählten, der unter dem Beifall der Versammlung den Präsidentenwahl einnahm und für die seinem Land und ihm persönlich mit der Wahl erwiesene Ehre dankte.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius führte aus, die mittlere Linie, auf der die Wirtschaft- und die Sozialpolitik sich einigen könnten, sei durch das gemeinsame Ziel des allgemeinen Volkswohlfundes gegeben. Man müsse bei einem Blick auf die letzten beiden Jahre mit Befriedigung feststellen, daß die wirtschaftliche Lage sich weitgehend bessert hat. Die Weltwirtschaftskongress habe zu einer engeren Verständigung der Weltwirtschaft und einer Befestigung der bestehenden Deminisse drei Wege empfohlen. Die Reichsregierung habe direkte Handelsvertragsverhandlungen stets gepflegt und sei auch gewillt, auf dem dritten von der Weltwirtschaftskongress gemiesenen Weg der autonomen Maßnahmen gleichmäßig weiterzugehen. Sowohl in der Kreditfrage wie in der Güte der Waren und in dem Preis müsse Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit zeigen. Dem neuen endgültigen Reichswirtschaftsrat sollten alsbald nach seinem Zusammenritt Richtlinien vorgelegt werden, die den Aufbau der Wirtschaftsdemokratie auch in den unteren Stufen vorsehen.

400 Jahre Partoffeln!  
Eine Geschichte von Alfred Müllers (München, 1928)  
Man kann in eine Geschichte der Partoffeln vor-  
geschritten sein, wenn man nicht glaubt, daß die  
Partoffeln eine bestimmte und bestimmte Sache sind.  
Man kann in eine Geschichte der Partoffeln vor-  
geschritten sein, wenn man nicht glaubt, daß die  
Partoffeln eine bestimmte und bestimmte Sache sind.